

~~II - 7190 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
der Nationalversammlung XVII. Gesetzgebungsperiode~~

Nr. 3655/1J

1989-04-26

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Müller, Dr. Stippel, Weinberger, Strobl, Mag. Gug-
genberger und Genossen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung
betreffend die Einstellung von Lehraufträgen für "Deutsch als Fremdsprache"

Mehr als 9 % der Studierenden an österreichischen Universitäten und Hoch-
schulen kommen aus dem Ausland, fast die Hälfte aus nichtdeutschsprachigen
Ländern, ca. 35 % der ausländischen Studenten kommen aus Ländern der 3.
Welt.

Längst nicht alle Studienbewerber können in ihrer Heimat die nötigen
Sprachkenntnisse für das Studium in Österreich erwerben, weil das heimi-
sche Bildungssystem andere Prioritäten setzt, Deutsch international keine
vorrangige Fremdsprache ist und daher auch das Angebot an Privatschulen
international nicht ausreicht.

Würde man also die Sprachbeherrschung bereits zur Bewerbungsbedingung für
ein Studium in Österreich machen, würde die Zielgruppe drastisch redu-
ziert. Da Österreich auf dem weltweiten Deutsch-als-Fremdsprache-Markt ei-
ne sehr marginale Rolle spielt - dies im Gegensatz zu den Goethe-Institu-
ten der Bundesrepublik Deutschland bzw. vielfältigen Angeboten der DDR -,
ist außerdem kaum damit zu rechnen, daß Interessenten in Sprachkursen ih-
rer Heimat für ein Studium in Österreich motiviert werden.

Bislang war es selbstverständlich, daß ausländische Bewerber für die Vorbe-
reitung der vorgeschriebenen Sprachprüfung in unterschiedlicher Form
Deutschkurse an der Universität angeboten bekamen. Nun kündigte das BMWF
an, in Zukunft für diese Kurse keine renommierten Lehraufträge mehr zu ge-
nehmigen.

Noch vor dem Studium wären damit ausländische Studienbewerber vor unlösba-
re Probleme gestellt: Vorstudienlehrgänge, auf die das Ministerium ver-
weist, existieren nur an den Universitäten Wien, Graz und Leoben; rein pri-
vatwirtschaftliche geführte Kurse sind kaum finanziert, Institutionen

- 2 -

der Erwachsenenbildung sind für diese Klientel nicht vorbereitet; Hochschullehrgänge sind ebenfalls zu teuer, wenn sie sich selbst tragen müssen. Alternativen an der Universität sind in so kurzer Zeit nicht zu organisieren.

In der Fremdsprachendidaktik gibt es keinen Zweifel, daß es für das Erlernen einer Fremdsprache förderlich ist, wenn sie in dem Ambiente gelernt werden kann, in dem sie auch gebraucht wird. Speziell für die Bedürfnisse der Universität gilt, daß die Lernenden in kurzer Zeit ein hohes Niveau erreichen müssen, um die komplexen Bedürfnisse des Studiums, aber auch des studentischen Lebens in der deutschen Sprache bewältigen zu können. Untersuchungen zeigen, daß mangelnde Sprachkenntnisse häufig für Studienverzögerungen bzw. -abbrüche verantwortlich sind. Kurzfristige Einsparungen bedeuten also hohe finanzielle Verluste für die öffentliche Hand.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen an den Bundesminister für Wissenschaft und Forschung daher die

A n f r a g e :

1. Ist die ersatzlose Streichung der Lehraufträge für "Deutsch als Fremdsprache" wirklich geplant?
2. Wenn ja: welche Alternativen zu dieser Ausbildungsmöglichkeit werden den Betroffenen angeboten?